

Veranstaltung des Nürnberger Ausländerbeirates am 26.9.08 "Was tun gegen Rassismus und Rechtsextremismus?" - Lautstarke Proteste gegen einzelne Politikeräußerungen auf dem Podium

Geladen hatten zu dieser Veranstaltung zwei Tage vor der bayerischen Landtagswahl Ausländerbeirat und Villa Leon, gekommen waren deutlich über 100 BesucherInnen. Das kenntnisreiche und mit Dias angereicherte Einführungsreferat (u.a. Überblick über aktuelle Trends in der rechtsextremen Szene) hielt der überregional bekannte Soziologe und Journalist Robert Andreasch. Ursprünglich sollte der Sprecher des Gräfenberger Bürgerforums, Michael Helmbrecht, mit auf dem Podium sitzen. Wegen des am selben Abend in Weißenhohe angesagten Naziumzugs, dem eine SA-ähnliche Kampagne u.a. gegen ihn selbst vorausgegangen war, hatte dieser kurzfristig abgesagt, ließ jedoch ein Grußwort verlesen.

Danach startete die Podiumsdiskussion mit den (als Mitglieder der derzeitigen Stadtratsfraktionen eingeladenen) Nürnberger Stadträten Max Höffkes (CSU), Gabriela Heinrich (SPD) sowie Elke Leo (Grüne), moderiert von Diana Liberova und Jean-Pierre Muteba (jeweils stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates). Die drei eingeladenen PolitikerInnen sind Mitglieder der „Stadtratskommission für Integration“.

Max Höffkes von der CSU zog gleich zu Beginn der Podiumsdiskussion alle Speere auf sich. Er behauptete, die rechte Szene habe in Nürnberg „keinen Erfolg“. Gleichwohl sei es „traurig“, dass zwei Stadträte der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (einer Tarnorganisation der NPD, wie er immerhin anfügte) im Stadtrat sitzen würden. Durchaus positiv seine Forderung an die Bildungsarbeit, Kriegsverbrecher wie Rudolf Hess klar als solche zu benennen und damit deren nach wie vor betriebener Heroisierung entgegenzutreten. Den Nürnberger Museen (Dokuzentrum, neues Museum Nürnberger Prozesse) maß er diesbezüglich eine wichtige Rolle zu.

Zum Umgang mit dem rechten Personal im Stadtrat gab er die Information, „die Herren“ würden nicht, wie üblich, mit „Kollege“ angesprochen, sondern mit „Ollert“ usw., falls nötig. Ein persönlicher Kontakt werde vermieden und auf Anträge der BIA werde in der Hauptsache „nicht reagiert“. Die Strategie des „Aktiven Ignorierens“, wie man sie in Nürnberg außerhalb des Stadtparlaments sattsam kennt, wird offensichtlich auch im Stadtrat selbst fleißig angewendet. Einer Auseinandersetzung um Inhalte der NPD wird damit aus dem Weg gegangen: Wie der Referent Andreasch postulierte, stellen einige Inhalte und Argumente der NPD lediglich radikalisierte Formen bürgerlicher Politik dar, z.B. im Bereich der Ausländer- und Flüchtlingspolitik oder im Bereich der Zuspitzung der kapitalistischen Konkurrenzmentalität. Inhaltliche Statements der Rathausparteien zu einzelnen von der NPD angesprochenen Themen wären da schon sehr spannend.

Weiter mit Höffkes: Zusätzlich zum „Aktiven Ignorieren“ im Rathaus predigte er die „Solidarität der Demokraten“ auf der Straße, sprich die in Nürnberg seit Jahren übliche Kundgebung angeblich „aller gesellschaftlichen Gruppen“ von den Stadtratsparteien (bisher unter Ausschluss der Linken) bis hin zur Industrie- und Handelskammer. Am 1. Mai 2008 war das: Die Kundgebung auf dem Hans-Sachs-Platz, weitab von der Nazi-Demo, sogar in den Nürnberger Nachrichten seinerzeit in ihrer Wirksamkeit kritisiert. Schließlich sprach er von „300 bis 400“ Nazis. Es war nicht klar, wen er damit meinte, aber wenn es die mindestens 1200 Nazis am 1. Mai in Nürnberg waren, war schon deshalb die harte Kritik und Polemik gegen ihn gerechtfertigt.

Gabriela Heinrich (SPD) war erschreckt von der Perspektive „national befreiter Zonen“ auch in Bayern (Andreasch hatte, unterfüttert mit Zahlen, Bayern in seiner Rechtslastigkeit mit den im Westen Deutschlands notorisch gescholtenen östlichen Bundesländern verglichen). Ihre Rezepte gegen Rechts: „Prävention auf lokaler Ebene“, das meinte vor allem mehr Bildung im Kinder- und Jugendbereich. Zweites Rezept: Schaffung eines „Klimas gegen Rechts“. In Nürnberg sah sie das

bereits erreicht. Drittens: Verbot der NPD. Mit ihrem Satz „Man darf dem Mob die Straße nicht überlassen“ erreichte sie vermutlich nur deswegen keine größeren Tumulte, weil sich die Zuhörerschaft meist an Höffkes abarbeitete. Die Haltung der SPD-Mehrheit und Stadtspitze (nicht nur am) 1. Mai 2008 wurde jedoch ausdrücklich und mehrfach hart kritisiert. Schließlich kam auch von dort die Initiative, am 1. Mai 2008 die nazistischen Horden „aktiv zu ignorieren“ und ihnen damit die Straße zu überlassen. Etwas diffus der Einwand Heinrichs, nur durch Demonstrationen abseits der Naziroute sei die Sicherheit der DemonstrantInnen gewährleistet. Mit diesem Argument könnte man das Demonstrationsrecht gleich aufgeben. Sie verwies korrektermaßen darauf, dass die SPD (genauer: Der Arbeitskreis gegen Rechts der Nürnberger SPD) Mitglied unseres Bündnisses sei. Was sie aber nicht davon abhielt, auf dem Podium die bisherige Haltung des Nürnberger SPD- und CSU-Mainstreams zu vertreten.

Immerhin distanzierte sie sich noch von einigen Auswüchsen der staatlichen Repression in Bayern („Es ist nicht in Ordnung, wenn Kinder wegen Malens mit Straßenkreide gerichtlich verurteilt werden“ – Fürther jungen AntifaschistInnen ist genau das passiert!)

Elke Leo von den Grünen betonte, dass es in verschiedenen Nürnberger Stadtteilen einen großen Anteil rechtsradikaler WählerInnen gebe. „Ob Totschweigen der rechtsradikalen Parolen im Stadtrat der richtige Weg ist, ist die Frage“, sagte sie etwas allgemein zu Höffkes. Sie plädierte für ein Verbot der NPD, für die Unterstützung antifaschistischer Demonstrationen in Gräfenberg und anderswo, sowie für den Ausbau der Bildungsarbeit mit Jugendlichen ähnlich wie Heinrich. Interessant ist ihre Idee, dass z.B. Sportvereine in ihre Aufnahmeanträge die Klausel einbinden könnten, dass im Fall rechtsradikaler und rassistischer Aktivitäten sofort ein Ausschluss erfolgt.

Der Referent Robert Andreasch stellte die zentrale Forderung an lokale Akteure, das Problem Rechtsextremismus überhaupt erst einmal zu benennen. Vielerorts würden rechtsradikale Aktivitäten und Gewalttaten nach wie vor verharmlost bzw. verschwiegen („bei uns gibt es so was nicht“). Jean-Pierre Mutebas Statement, dass Rechtsradikalismus offensichtlich häufig geduldet werde, ging in die gleiche Richtung. Andreasch bemerkte zu den wiederholt auf dem Podium vorgebrachten Forderungen nach verstärkter Jugendarbeit, dass Rechtsextremismus kein Jugendphänomen sei und mit dem Alter statistisch deutlich zunehme. Zudem warnte er, dass Pädagogik allein nicht gegen Rassismus und Rechtsextremismus immunisieren könne.

Einer der Zuhörer, Hans Hesselmann vom Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg, lobte die Stadt Nürnberg zunächst allgemein in den Himmel. Ein konkreter Handlungsvorschlag, den er dann einbrachte, lässt aufhorchen: Die Stadt könnte ja z.B. Gastwirten, die rechtsradikale Gruppen bewirten, die Lizenz entziehen. Die Zahl der dem Nürnberger Menschenrechtsbüro gemeldeten rassistischen Übergriffe in Nürnberg und Umgebung steige in letzter Zeit ständig an. Genaue Zahlen nannte Hesselmann allerdings nicht. Als aktuelle und langfristige Perspektive gegen Rechts nannte er eine „breite Allianz von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kommunen“, die derzeit in Nürnberg geschmiedet werde. Mal sehen, ob dort mehr als Papier produziert wird!

Einen Besucher aus dem Publikum befriedigten die bisherigen Antworten der PolitikerInnen nicht. Er wies auf zunehmende rechtsextreme Gewalt und Anschläge gegen Privatpersonen, gewerkschaftliche und linke Einrichtungen hin, gerade in letzter Zeit in Nürnberg. Die rechte Gefahr in Nürnberg werde verharmlost. Er wies darauf hin, dass zudem eher Gegner der Nazis im Visier der Staatsgewalt seien, als die Nazis selbst. Ein Skandal seien die Ermittlungen gegen GräfenbergerInnen wegen der friedlichen Sitzblockade im Juli (Referent Andreasch trug an dieser Stelle die Beobachtung bei, auf einer Nazi-Demo im Jahr 2008 in Gräfenberg wäre es zu Stein- und Flaschenwürfen seitens der Nazis gekommen, ohne dass die Polizei eingegriffen habe). In diesem Sinne berichteten mehrere DiskussionsteilnehmerInnen über Polizeiübergriffe in jüngster Zeit auf friedliche DemonstrantInnen gegen Rechts: IG-Metall-Jugendliche seien auf der Anreise zur Demonstration nach Bamberg gegen den NPD-Bundestag stundenlang von der Polizei

aufgehalten und gefilzt worden. Die „Abgeordnetenblockade“ der Polizei am 2. Mai anlässlich des Einzugs zweier Nazis in den Nürnberger Stadtrat (vgl. unser „Archiv“) wurde ebenfalls thematisiert. Ein Migrant berichtete, er sei zwei Mal von der Polizei am Betreten Gräfenbergs zur Teilnahme an einer Demonstration gegen Rechts gehindert worden.

Andreasch bemerkte zu diesem Themenblock, Polizeieinsätze würden politisch entschieden. Nur dadurch sei es zu erklären, dass die Polizei bestimmte Formen des Widerstands gegen Nazis hier bekämpfe und dort toleriere. Nur so sei es zu erklären, dass auch den Nazis einmal mehr, einmal weniger Steine in den Weg gelegt würden. Nürnberg und München seien aus seiner Sicht die zwei Städte in Bayern, in denen die Nazis besonders viel Freiraum hätten! „In Nürnberg und München werden Naziaufmärsche bevorzugt behandelt“. Sein Schlussstatement: „Polizeieinsätze sind kein Naturgesetz, sondern Politik!“

Die Frage nach dem Verhalten der politischen Parteien am nächsten 1. Mai 2009, falls es wieder zu einem Naziaufmarsch in Nürnberg komme, wurde mehrfach gestellt. Höffkes wiederholte seine Statements zum 1. Mai 2008, verteidigte vehement die Strategie des Nürnberger OB Maly und sah die Bedeutung der Polizei darin, „Links und Rechts auseinander zuhalten“. Frau Heinrich betonte, der Ablauf des letzten 1. Mai sei „unglücklich gewesen“ und „beide Seiten“ (damit meinte sie wohl die Stadtspitze und die Nürnberger AntifaschistInnen) seien „nicht auf einen Nenner gekommen“. Sie betonte ferner, rechte Demonstrationen könne man nicht verbieten (das kennen wir ähnlich vom ehemaligen Stadtrechtsdirektor Frommer). Leo betonte, sie sei am 1. Mai 2008 auf der Kundgebung des Bündnis Nazistopp an der Bayreuther Straße gewesen. Auf das Verhalten der Polizei habe sie jedoch als Kommunalpolitikerin keinen Einfluss.